

2.

DIE POLITISCHE AUSGANGSSITUATION

Ohne anfangs sofort erkennbar zu sein, setzte der kommunistische Umwälzungsprozeß in der Sowjetischen Besatzungszone bereits unmittelbar nach der Okkupation Mitteldeutschlands durch die Rote Armee ein. Seine politischen Voraussetzungen ergaben sich aus dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur, aus dem Zerfall aller staatlichen Gewalt in Deutschland und aus der Notwendigkeit, die staatliche und gesellschaftliche Ordnung des deutschen Volkes von Grund auf zu entnazifizieren und zu demokratisieren. Es sind eben diese Bedingungen der politischen Situation von 1945, die im wesentlichen erklären, daß und warum Opposition und Widerstand in der SBZ keineswegs schon mit dem Tage Null der neuen Ära in den Vordergrund traten.

Nach dem erklärten Willen der Siegermächte sollte das geschlagene und besetzte Deutschland als politische Einheit und als wirtschaftliches Ganzes erhalten bleiben und behandelt werden. Die oberste Regierungsgewalt in allen „*Deutschland als Ganzes*“ betreffenden Angelegenheiten war dem **Alliierten Kontrollrat übertragen worden, der sich aus den Militärbefehlshabern der vier Besatzungszonen zusammensetzte**. Gleichzeitig übten die Militärbefehlshaber für sich gemäß den Weisungen ihrer Regierungen die Regierungsgewalt in jeder ihrer Besatzungszonen aus. Grundlage der Besatzungspolitik sollte jene Übereinkunft sein, die zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und der Sowjetunion während der Konferenz von Potsdam ausgehandelt worden war. Die Potsdamer Übereinkunft¹⁰ sah für Deutschland u. a. Entmilitari-

¹⁰ Vgl. „Amtliche Verlautbarung über die Konferenz von Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945“, in „Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland“, Ergänzungsbblatt Nr. 1, S. 13 ff. — Im Wortlaut zitiert bei *Ernst Deuerlein* „Die Einheit Deutschlands“, zweite Auflage, Frankfurt/Main—Berlin 1961, Bd. I, S. 347.¹⁶